

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 8. MÄRZ 2021



## BÜRGERSCHAFT DEBATTIERT CORONA-FOLGEN UND ÖFFNUNGSPERSPEKTIVEN

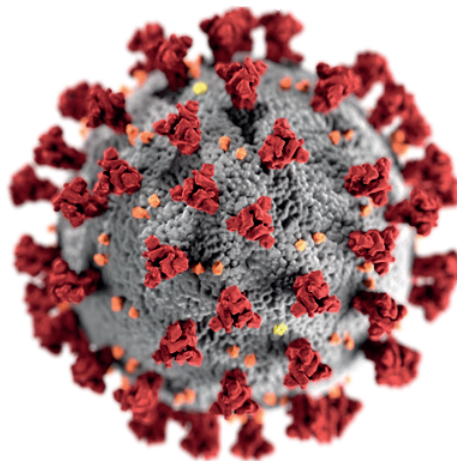
**Die Bürgerschaft hat sich heute in einer Sondersitzung mit den Beschlüssen der Ministerpräsident\*innen und der Bundeskanzlerin der vergangenen Woche befasst. „Diese Ministerpräsident\*innenkonferenz hat eine Perspektive aufgezeigt. Erstmals wird mit dem Beschluss etwas vorgelegt, was viele seit Langem fordern: Einen Plan, der aufzeigt, wo die Reise hingehet“, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, und betonte: „Dem Virusgeschehen und seinen veränderten Mutanten müssen wir jetzt mit einem Zweiklang aus Testen einerseits und Impfen andererseits begegnen. Testen und Impfen sind der Schlüssel, um die Tür zurück in die Normalität zu öffnen.“**

Einzelhandel, die Gastronomie sowie die gesamte Sport- und Kulturbranche könnten sich nun anhand von für alle nachvollziehbaren Öffnungs- und Schließungsszenarien vorbereiten, erklärte Güngör. „Natürlich ist mit dem neuen Stufenplan alles etwas komplizierter geworden“, räumte er ein, betonte aber auch: „Diese Pandemie ist eben nicht ‚einfach‘ zu bewältigen. Doch es gilt, was bisher schon galt: Vorschnelle Öffnungen nutzen niemandem, wenn das Infektionsgeschehen danach wieder in die Höhe schnell.“

Dass der Lockdown bis zum 28. März verlängert werde, treffe viele Betriebe und Unternehmen hart, für einige von ihnen werde dies auch das Aus bedeuten, sagte Güngör. Und dies habe Konsequenzen. „Nach dem Lockdown im letzten Jahr waren in Bremen rund 6.000 mehr Menschen arbeitslos. Vor allem jüngere, geringqualifizierte Menschen haben ihre Arbeit verloren, wurden nicht entfristet oder übernommen. Nach über einem Jahr bedeutet das für einige den Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit“, so Güngör. Welche Effekte der jetzige Lockdown haben werde, sei zudem noch nicht abzuschätzen. Güngör: „Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit können und dürfen wir uns als Gesellschaft nicht leisten. Neben den vielfältigen und guten Arbeitsmarktinstrumenten wie LAZLO oder der Ausbildungsgarantie, die wir in Bremen haben, muss der Bund hier mit in die Pflicht genommen werden! Wir dürfen diese Beschäftigten nicht allein lassen, wir müssen Hilfe und Unterstützung anbieten und Verantwortung übernehmen. Förderprogramme, Lohnkostenzuschüsse und eine Stärkung der Weiter- und Ausbildungsangebote sind hier sehr dringend notwendig. Und wir in Bremen werden dafür alles Notwendige tun!“

Auch die Situation im Einzelhandel sei nicht einfach, sagte Güngör und hob hervor, dass der Senat bereits vor dem Beschluss der Ministerpräsident\*innen die Möglich-

keit von „Date and Collect“ in Bremen geschaffen habe. „Eine wichtige Maßnahme betrifft zudem unsere Stadtteilzentren: Mit einem Aktionsprogramm wollen wir die Quartiere stärker unterstützen und verhindern, dass Geschäfte und Gastronomie in großem Umfang schließen müssen. Dafür wurden 1,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt“, berichtete Güngör.



Wikimedia/CDC/ Alissa Eckert, MS; Dan Higgins, MAMS

Der Sozialdemokrat übte in seiner Rede auch deutliche Kritik. Etwa am Präsidenten des Roland-Koch-Institutes, Lothar Wieler, der erklärt haben soll, 90 Prozent der schwerstkranken Covid-19-Patient\*innen hätten einen Migrationshintergrund und es gebe Parallelgesellschaften. Für diese Behauptung gebe es keine Datengrundlage, stellte Güngör klar und betonte: „In so einer Position bei einem so sensiblen Thema mit Halbwahrheiten und Vermutungen zu jonglieren – das ist nicht akzeptabel!“ Kritik übte er aber auch daran, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, entgegen seiner Ankündigung, keine große Menge an Tests beschafft habe sondern diese bei den Herstellern theoretisch habe reservieren lassen. „Das macht fassungslos“, so Güngör, „und das ist keine aktive vorausschau-

ende Politik, das ist passives Abwarten darauf, was die unterschiedlichen Akteure machen, um sich anschließend mit fremden Federn zu schmücken.“ Ähnlich verhalte es sich mit den Impfungen, wo sich Spahn und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gegenseitig die Schuld zuwiesen. „Was wir in dieser Pandemie teilweise gelernt haben: Wer auf den Bund wartet, kann lange warten.“



**Mustafa Güngör**

Deswegen sei es absolut richtig, dass Bremen bereits 1,3 Millionen Schnelltests gekauft habe und diese flächendeckend in Schulen und Kitas einsetze. Damit habe Bremen richtungsweisende Entscheidungen getroffen, die von der Ministerpräsident\*innenkonferenz bestätigt worden seien. Gleiches gelte bei den Impfungen für Beschäftigte in Kitas sowie Grund- und Förderschulen. „Es ist ein großer Erfolg, dass bis Ostern alle 16.000 Beschäftigten geimpft werden sollen. Auch dank dieser flächendeckenden Impfungen liegen wir im Bundesvergleich auf einem der Spitzenplätze“, so der Sozialdemokrat.

Abschließend äußerte Güngör Zuversicht für die kommende Zeit. „Die Schnelltests eröffnen neue Möglichkeiten, der Frühling klopft an, die Zulassung weiterer Impfstoffe steht vor der Tür und, wenn man den Ankündigungen einiger Bundesminister Glauben schenken mag – und ich als Optimist werde das auch weiterhin tun –, wird schon bald viel mehr Impfstoff zur Verfügung stehen“, sagte er. „Damit haben wir vielleicht schon einen großen Teil der Strecke geschafft – und wenn wir uns jetzt auf den letzten Metern noch einmal zusammenreißen, schaffen wir den Rest der Strecke noch einmal gemeinsam.“